

Was wurde aus Neoliberalismus und Demokratie?

Blau-Schwarze Regierungsverhandlungen im europäischen Kontext

Joachim Becker

Zusammenfassung

Wie in der Zwischenkriegszeit vor rund 100 Jahren drängt die Kapitaleseite heute immer stärker auf die unmittelbarere Durchsetzung ihrer Interessen, die institutionelle Zurückdrängung der ArbeiterInnenbewegung und auf Demokratieabbau. Die – allerdings letztlich gescheiterten – blau-schwarzen Koalitionsverhandlungen fügen sich in einen breiteren Durchbruch sehr markant rechtsnationalistischer bzw. rechtsextrem grundlegter Kräfte zur Führungsrolle in Koalitionen im europäischen Kontext ein. Derartige Koalitionen ermöglichen Kräften des Großkapitals einen immer direkteren Zugriff auf Regierungspolitik. Sie zeichnen sich durch eine sozial sehr regressive Politik aus.

„Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie“ (Becker 1998) - so lautete 1998 ein Kontrapunkt des *Kurswechsel* zur Stimmung eines Triumphes von Freiheit und Demokratie in den langen 1990er Jahren. Der Beitrag zeigte das prekäre Verhältnis von Liberalismus und Kapitalismus zur Demokratie auf. Er zeigte auf, dass in der Zwischenkriegszeit der 1920er und 1930er Jahre die anfängliche Demokratisierungswelle durch Formen des „autoritären Liberalismus“ (Heller 1992) und des Faschismus gebrochen wurde. Formen eines „liberalen Demokratieabbaus“ (Becker 1998: 16) machte er in Formen einer neoliberalen Umwandlung der Staatlichkeit, einer Entparlamentarisierung, einer Stärkung von Exekutiven und demokratisch nicht kontrollierten Institutionen aus – und zwar stark im internationalen Gewande und sehr sichtbar in der Europäischen Union. Die neoliberalen Politikmuster provozierten soziale und politische Unzufriedenheit. Diese machten sich weit rechts stehende Parteien – darunter in Österreich sehr früh und besonders erfolgreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – zu nutze.

Europäischer Kontext

Dem Erwachen aus dem kurzen Traum der immerwährenden Demokratie folgt seit Jahrzehnten ein langer Alltag des Demokratieabbaus und in Europa eine lange Reise nach rechts und weiter nach rechts. Wie in der Zwischenkriegszeit setzte die Kapitaleseite auf die unmittelbarere Durchsetzung ihrer Interessen, die institutionelle Zurückdrängung der ArbeiterInnenbewegung und auf Demokratieabbau. Die Rezepte waren auch aus der Zwischenkriegszeit: Neoliberalismus und Entdemokratisierung. Der neoliberale Staatsumbau setzte auf Demokratiebeschränkungen durch Einschränkung der Bereiche, die demokratischen Entscheidungen unterliegen. Vorreiter einer neoliberalen Staatlichkeit war in Europa die EU. Sie institutionalisierte auch in besonders systematischer Weise ein Austeritätsregime. Etablierte liberale und konservative Parteien, aber auch rechtsnationalistische Kräfte reagierten auf die durch die Austerität eingeeengten Verteilungsspielräume und soziale Unzufriedenheit mit einer Ethnisierung der Verteilungsfrage und Variationen einer anti-migrantischen Politik. Es entstand ein neoliberaler Nationalismus (vgl. Becker 2017). In dieser Strömung gehörte die FPÖ zur Avantgarde. Ihre Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 war ein europäischer Meilenstein für rechtsextrem grundierte Parteien.

Nach der Finanzkrise 2008 entstand vor allem in Ländern der industrialisierten Peripherie Zentralosteuropas eine stärker nationalkonservativ konturierte Rechte. Sie hatte ihre Durchbrüche mit der Fidesz-Regierung in Ungarn und der PiS-Regierung in Polen (vgl. Becker

2024). Besonders zwei Elemente ihres Konzeptes wurden auch von anderen Rechtsparteien zumindest in Teilen übernommen: die Schaffung eines nationalkonservativen Parteienstaates, in dem die nationalkonservativen Parteien auf beherrschenden Einfluss im Staatsapparat und tendenziell auch der Zivilgesellschaft zielen und andere Kräfte an den Rand drängen, sowie einer repatriarchalisierenden Familienpolitik (vgl. Becker 2018). Selektive Einflüsse des Nationalkonservatismus waren nicht nur in sonst eher neoliberal orientierten nationalistischen Parteien, sondern auch in manchen christdemokratischen Parteien zu beobachten. Besonders sichtbar war die Annäherung an rechtsnationalistische Positionen mit neoliberalen und nationalkonservativen Elementen in der ÖVP unter der Führung von Sebastian Kurz. Insofern zählte die „neue ÖVP“ von Sebastian Kurz zur rechten Avantgarde der europäischen Christdemokratie.

Mit dem Krieg in der Ukraine und dem damit verbundenen inflationären Schub kam es einerseits zu einer geopolitischen Fragmentierung der Rechten und andererseits einer verstärkten anti-grünen Positionierung sowohl auf der nationalistischen Rechten als auch in Teilen der Christdemokratie und des liberalen Parteienspektrums. Viele christdemokratische Parteien näherten sich der nationalistischen, anti-migrantischen Rechten noch stärker an. In dieser Phase stiegen rechtsnationalistische Parteien mit rechtsextremer Grundierung auch zur dominanten Kraft in Koalitionen in Westeuropa auf: speziell in Italien die Fratelli d'Italia. In diese Richtung deuteten auch die – letztlich gescheiterten – Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP. Die österreichischen Koalitionsverhandlungen zeigten auch sehr deutlich, dass Koalitionen mit der harten Rechten auf eine Stärkung des direkten Einflusses des Kapitals auf staatlicher Ebene zielen. Die Rechtsentwicklungen auf nationaler Ebene und verstärkte Rechtsentwicklung auf EU-Ebene gehen Hand in Hand.

Ende des Austro-Keynesianismus, Neoliberalisierung und Schwarz-Blau I

Initiativen zur Bildung von ÖVP-FPÖ-Koalitionen lassen sich in allen drei Entwicklungsphasen der europäischen Rechtsparteien seit Ende der 1970er Jahre beobachten. Die 1970er und 1980er Jahre brachten auch für Österreich polit-ökonomische Strukturveränderungen. Zwar reagierte die sozialdemokratisch geführte Kreisky-Regierung länger als andere europäische Regierungen auf den Umbruch der 1970er Jahre mit einer spezifischen Variante des Keynesianismus, dem Austro-Keynesianismus, gleichzeitig erfolgte aber eine zunehmende Öffnung der österreichischen Wirtschaft für das deutsche Kapital (vgl. Scherb 1990). Damit wurde das Kapital in Österreich stark internationalisiert. In den 1980er Jahren geriet die stark durch Staatsbetriebe geprägte Schwerindustrie in die Krise. Beide Entwicklungen hatten Folgen für die Sozialpartnerschaft. Einerseits schwächte die Internationalisierung des Kapitals die Rolle des österreichischen Klein- und Mittelkapitals, für welches das Kammersystem einen wichtigen Vertretungs- und Schutzmechanismus gebildet hatte, andererseits erodierte die Krise der staatlichen Industrie die ArbeitnehmerInnenorganisationen. Bereits Mitte der 1980er Jahre war doppeldeutig von einer „Sozialpartnerschaft in der Krise“ (Gerlich et al. 1985) die Rede.

Im Hinblick auf diese Krise befanden sich die beiden Rechtsparteien in unterschiedlicher Ausgangsposition. Wie Armin Puller (2018) in seinem *Kurswechsel*-Beitrag herausarbeitet, hat die ÖVP über lange Zeit eine konservative Parteienstruktur mit organisierten Repräsentationsstrukturen verschiedener sozialer Gruppen – Bauernbund, Wirtschaftsbund, Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB) usw. – und starken Landesorganisationen bewahrt. Über die Bünde ist die ÖVP eng mit den Organisationen der Sozialpartnerschaft verflochten – in einer Mehrheitsposition bei der Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer, in einer Minderheitsposition in ArbeiterInnenkammer und Gewerkschaften. Durch sozialstrukturelle und sozio-kulturelle Verschiebungen haben sich die Kräfteverhältnisse in

der ÖVP deutlich verschoben. Die verstärkte Exportorientierung und Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft haben zu einer Stärkung des Großkapitals und einer Schwächung des Mittel- und Kleinkapitals in den letzten vier Jahrzehnten geführt. Dies hat sich politisch auch in der Schwächung des Wirtschaftsbundes und der Wirtschaftskammer sowie dem Bedeutungsgewinn der Industriellenvereinigung, die außerhalb des Systems der Sozialpartnerschaft steht, als Vertretung des Großkapitals geführt. Zudem ist das christlich-konservative kleinbürgerliche Milieu – auch in eher ländlichen Regionen – erodiert. Dies hat den ÖAAB in der ÖVP geschwächt. Die Fähigkeit der ÖVP, soziale Kompromisse zu organisieren, ging zurück. Dafür hat die starke Verankerung der ÖVP in den Staatsapparaten (Bund, zahlreiche Länder und Gemeinden), die sich die ÖVP in langen Regierungszeiten hatte aufbauen können, für die Partei noch weiter an Bedeutung gewonnen. Puller (2018: 9 f.) charakterisiert die ÖVP daher als „Staatspartei“. Die FPÖ weist zwar informelle politische Strömungen auf, aber keine organisierten Repräsentationsstrukturen. In den sozialpartnerschaftlichen Organisationen ist sie kaum verankert. Am ehesten hat sie Sympathisanten in der Vertretung des Großkapitals, der Industriellenvereinigung (vgl. Bonvalot 2017: 91 ff.). Mit dem EU-Beitritt Österreichs hat sich die Industriellenvereinigung später zunehmend als europäisierte Kapitalvertretung verstanden und zu einer „dezidierten Kritikerin der Sozialpartnerschaft“ (Tálos/Hinterseer 2019: 78) entwickelt.

Die erste Reaktion auf die polit-ökonomischen Veränderungen der 1980er Jahre erfolgte in der FPÖ. Hier setzte sich mit Jörg Haider 1986 der nationalistische, stark rechtsextrem gefärbte Flügel gegenüber dem stärker „liberalen“ Flügel, der in der Folgezeit völlig an Bedeutung verlor, durch. Einerseits machte die FPÖ die ausländischen MigrantInnen in aggressiven Kampagnen systematisch für soziale Probleme verantwortlich und ethnisierte die Verteilungs- und Beschäftigungsfragen, andererseits „stell(t)en die ‚Bonzen‘ und ‚Bürokraten‘ neben den ‚Ausländern‘ die Objekte der FPÖ-Agitation dar. In Abgrenzung zu diesen und den öffentlichen Organisationen wie den Kammern oder anderen Interessenvertretungen wurde erfolgreich eine nationale Gemeinschaft der ‚Tüchtigen‘ und ‚Anständigen‘ konstruiert.“ (Bailer et al. 2000: 119). Das offen apologetische Verhältnis zum Nazi-Faschismus machte Haider mit seiner Aussage zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des „Dritten Reiches“ deutlich (zit. nach Bailer et al. 2000: 125). Mit diesen Diskursen gehörte die FPÖ zur rechtsextremen Avantgarde der neoliberalen Nationalisten in Europa.

Die Rechtswende der FPÖ führte zu einer Beendigung der kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ (1983-86) seitens der SPÖ im Jahr 1986. Die ÖVP verhielt sich gegenüber einer Koalition mit der FPÖ zunächst ambivalent, ging aber dann doch für viele Jahre eine Koalition mit der SPÖ ein. Als gemeinsames Projekt hatte die Koalition den EU-Beitritt. Durch das Binnenmarktprojekt der EU sah sich die stärker internationalisierte österreichische Wirtschaft mit höheren Zugangsbarrieren zur EU konfrontiert. Mit der Implosion des Staatssozialismus in Zentralosteuropa eröffnete sich dem österreichischen Kapital zudem die Möglichkeit der Ostexpansion. Auch das war perspektivisch im EU-Rahmen leichter. EU-Beitrittsverhandlungen und EU-Beitritt gingen mit einer Privatisierungs- und Austeritätspolitik einher.

Mit dem EU-Beitritt hatte die große Koalition ihre Raison d'être verloren. Nach den Wahlen von 1999, bei der FPÖ und ÖVP fast gleichauf bei 26,9% (mit leichtem Vorteil FPÖ) lagen, sahen maßgebliche ÖVP-Kräfte um Wolfgang Schüssel, in einer Koalition mit der FPÖ die Möglichkeit, die durch den EU-Beitritt bereits institutionalisierte Neoliberalisierung des Staates mit der FPÖ zu forcieren. Dafür nahm die ÖVP-Regierung auch eine heftige internationale Reaktion in Kauf. Die anderen EU Mitgliedstaaten verhängten – nicht zuletzt auf Drängen konservativer und liberaler Parteien gemeinsam Sanktionen gegen Österreich, weil für sie die Regierungsbeteiligung einer Partei, die maßgeblich von ehemaligen Nazi-Faschisten begründet worden war (vgl. Reiter 2019),

inakzeptabel war (vgl. Kopeinig/Kotanko 2000). Das Sanktionspaket war nicht auf einer klaren Strategie begründet. Ein sogenannter Weisen-Bericht zur Lage in Österreich (Ahtisaari et al. 2000) wies letztlich den Weg aus den Sanktionen. Die Heftigkeit der EU-Reaktionen zeigt auf, welche Bedeutung dem österreichischen Durchbruch nach rechts damals zukam.

Die Stoßrichtung der neuen Regierung gegen die Vertretungen der ArbeitnehmerInnenschaft wurden rasch deutlich. Wie Susanne Pernicka (2006) sowie Sandra Stern und Julia Hofmann (2018: 40 f.) in ihren *Kurswechsel*-Beiträgen deutlich machen, kam es zwar zur Ausgrenzung von Arbeiterkammer und Gewerkschaften bei der Formulierung von strategischen Gesetzesvorhaben, aber – trotz deutlich weiter gehender Forderungen – nicht zu einer institutionellen Demontage der Sozialpartnerschaft. Bremsend bei der Demontage wirkte sich die Verbindung zwischen ÖVP und Wirtschaftskammer aus. Und Letztere „verfolgte weiterhin eine sozialpartnerschaftlich orientierte Verhandlungsstrategie“ (Stern/Hofmann 2018: 41). Das machte eine Achse zwischen Wirtschafts- und Arbeiterkammer (und Gewerkschaften) bei Verteidigung sozialpartnerschaftlicher Institutionen – bei bleibenden Interessendifferenzen in anderen Bereichen – naheliegend. Deutlich offensiver war der Versuch zum Umbau der Sozialversicherungen. Hier führte die Rechtskoalition eine Parität von ArbeitnehmerInnen- und KapitalvertreterInnen in den zentralen Institutionen des Hauptverbandes der Sozialversicherung ein. Hiermit sollte die Rolle der ArbeitnehmerInnenvertreterInnen strategisch geschwächt werden, auch sollte die FPÖ so erstmals eine Präsenz in diesen Gremien erhalten. Das Gesamtpaket zur Sozialversicherung wurde allerdings in wesentlichen Teilen vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig kassiert (Tálos/Obinger 2019: 235). Maßgebliche Initiativen gab es auch im Medienbereich. Einerseits wurde der öffentlich-rechtliche ORF auf schwarz-blaue Linie gebracht, andererseits erhielt die Privatisierung von audiovisuellen Medien einen Schub (Kaltenbrunner 2019: 140 ff.). Insgesamt ist beim Staatsprojekt der schwarz-blauen Regierung eine Mischung von neoliberalen mit einigen nationalkonservativen Elementen, die auf den Aufbau eines von schwarz-blau geteilten Parteienstaates zielten, zu sehen. Die Gebarung des ÖVP- bzw. FPÖ-Parteienstaates zog in den Folgejahre zahlreiche Ermittlungen wegen Wirtschafts- und Korruptionsdelikten sowohl auf Bundes- als auch (im Fall Kärntens) auf Landesebene nach sich (vgl. Überblick in Grüne Bildungswerkstatt 2012). Insgesamt stärkte der Staatsumbau die Einflussmöglichkeiten der Kapitaleseite.

Dies schlug sich dann auch in der regressiven, neoliberalen Steuerpolitik sowie einer forcierten Privatisierungspolitik nieder (vgl. Brait/Kranawetter 2018: 57 ff.). Sozialpolitisch setzte die schwarz-blaue Regierung eindeutig neoliberale Akzente. Das Leistungsniveau der Pensionsversicherung wurde langfristig reduziert, was zu starken Protesten der aus dem Entscheidungsprozess völlig ausgegrenzten Gewerkschaften führte. Außerdem schuf die schwarz-blaue Regierung Anreize für die sogenannte private Pensionsvorsorge und finanzialisierte das Abfertigungssystem (vgl. Tálos/Obinger 2019: 236 ff., Tálos/Hinterseer 2019: 106 ff., Tálos 2022: 15). In neoliberaler Manier begünstigten sozialpolitische Schlüsselmaßnahmen den Finanzsektor, der seine Betätigungsfelder ausweiten konnte. Dies entsprach dem Trend in der EU. Außerdem setzte die schwarz-blaue Regierung konservative familienpolitische Akzente. Sie forcierte explizit die Familienpolitik und stärkte patriarchale Familienstrukturen auf verschiedenen Gebieten. Es wurden z.B. gezielt Anreize geschaffen, damit Frauen nach einer Geburt länger zu Hause bleiben (vgl. Rosenberger 2000, Disslbacher/Schultheiss 2018: 66 ff.). Während die ÖVP-FPÖ-Regierungen die Positionen der ArbeitnehmerInnen in der Sozialpolitik massiv angriffen, blieb bei den Arbeitsbeziehungen im zentralen Bereich der hohen Kollektivvertragsabdeckung alles beim Alten, wie Pernicka (2006: 85 f.) in einem *Kurswechsel*-Beitrag zum Ende der schwarz-blauen Regierung I bilanziert.

Die Marginalisierung der ArbeitnehmerInnenvertretungen ermöglichte der ersten schwarz-blauen Regierung eine Beschleunigung der Neoliberalisierung des Staates, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die „Wende“ war allerdings zu Beginn von Schwarz-Blau, so Siegfried Mattl 2003 (S. 21) im *Kurswechsel* „längst unterwegs“. Allerdings verschaffte die ÖVP-FPÖ-Regierung einer rechtsextrem konturierten Partei – mit europäischen Rückwirkungen – Salon- oder präziser Regierungsfähigkeit. Deutliche Akzente setzte die Regierung bei der Etablierung eines rechten Parteienstaates und einer konservativen Geschlechterpolitik. Die Kaderbasis der FPÖ erwies sich in dieser ersten Rechtskoalition als dünn. Auch zog die Regierungspolitik scharfe Kontroversen und letztlich einen Bruch in der FPÖ nach sich. Die Regierungsfraktion und große Teile des Parlamentsklubs spalteten sich in der Form einer neuen Partei als Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) 2005 ab. Die harte Rechte mit scharf anti-migrantischem Kurs um Heinz-Christian Strache vermochte jedoch einen großen Teil der organisatorischen Basis zu erhalten und so konsolidierte sich die FPÖ am rechten Rand erneut als führende Kraft (Beyer/Pühringer 2018: 22). Die ÖVP kehrte in einem nach rechts verschobenen Österreich für gut ein Jahrzehnt zur großen Koalition zurück. Bei der Bewältigung der Finanzkrise von 2008 ff. war ihr an der Einbindung der SPÖ und der ArbeitnehmerInnen durchaus gelegen.

Kurz-Bonapartismus, Kapitalfreundlichkeit und Schwarz(-Türkis)-Blau II

Die nächste Hinwendung der ÖVP zur FPÖ erfolgte mit dem Aufstieg von Sebastian Kurz. Die Gruppe um Kurz bereitete seinen Aufstieg akribisch (wenn auch mit zweifelhaften Methoden) vor. Kurz war ein geschickt lanciertes Medienprojekt. Er selbst war mit keinem der Bünde eng verbunden – daher kennzeichnet Armin Puller (2018: 13) im *Kurswechsel* den Aufstieg von Kurz in der Partei als „bonapartistisch“. Inhaltlich stand Kurz allerdings klar dem Großkapital, das in der Industriellenvereinigung organisiert ist, nahe. In der neoliberalen Wirtschaftsprogrammatur und der heftigen Agitation gegen MigrantInnen traf sich die „neue ÖVP“ von Kurz mit der FPÖ. Man könnte sagen, die organisatorische Basis war schwarz, die Propagandasignalfarbe türkis und die Programmatur blau. VertreterInnen der Rechts-Christdemokratie in der EU galt Kurz damit als Hoffnungsträger.

Elektoral erfüllte er 2017 mit einem Nationalratsergebnis von 31,5% die Erwartungen und bildete rasch eine Koalition mit der FPÖ (26,0%). Die zweite schwarz-blaue Regierung stand in starker Kontinuität mit Schwarz-Blau I, setzte aber im veränderten Kontext auch ein paar neue Akzente. Wie bereits bei Schwarz-Blau I kam es zur asymmetrischen Ausgrenzung der Interessenorganisationen aus Entscheidungsprozessen. Formelle Verhandlungen mit den „Sozialpartnern“ entfielen, die Kapitaleseite konnte ihre Interessen über die ÖVP einbringen. Auch das Projekt der Schwächung der ArbeitnehmerInnenseite in den Sozialversicherungen und deren politische Umfärbung nahm die Kurz-Regierung wieder auf. Sie fusionierte einen Großteil der Krankenversicherungen und führte gleichzeitig die formale Parität von Kapital und Arbeit in den Leitungsgremien ein. Aus diversen Fonds, wie dem Insolvenzfonds wurden ArbeitnehmerInnen-, nicht aber UnternehmensverbandsvertreterInnen ausgeschlossen (Tálos/Hinterseer 2019: 131 ff.). In ihrem Bestreben, jeweils eigene Bollwerke im Parteienstaat zu schaffen, gerieten ÖVP und die selbstbewusstere FPÖ diesmal in offenen Konflikt. Der FPÖ-Innenminister Herbert Kickl griff die ÖVP-Netzwerke im Innenministerium an und suchte dort seine eigenen Netzwerke zu etablieren. Auch die Präsenz von Einflusskadern der ÖVP im Justizministerium wurde immer offenkundiger (vgl. Pilz 2021: 66 ff.). Die Sicherheitsressorts wurden mithin zur innerkoalitionären Konfliktzone. Größere Veränderungen beim ORF hatte die Regierung vor – konnte sie aber aufgrund ihres vorzeitigen Endes nicht mehr umsetzen (Kaltenbrunner 2019: 152 ff.). Auch Schwarz-Blau II verband bei ihrem Staatsprojekt neoliberale, entdemokratisierende Elemente zur

Zurückdrängung von ArbeitnehmerInneninteressen mit dem – allerdings mit Konflikten verbundenen – Aufbau eines zweifarbigen Parteienstaates.

Fiskalpolitisch setzte die zweite schwarz-blaue Regierung die Sparrhetorik ihres Vorläufers fort. Steuerlich gab es vor allem Begünstigungen für eng mit der ÖVP verbundene Branchen wie Tourismus und Immobilien (Brait/Kranawetter 2018: 59 ff.). Die ursprünglichen Pläne zur Reduzierung von Sozialleistungen, speziell im Bereich der Arbeitslosen und der Sozialhilfe, konnten aufgrund der kurzen Amtszeit nur sehr eingeschränkt umgesetzt werden. Schnell und deutlich ergriffen die beiden Rechtsparteien entsprechend ihrer Ethnisierung der Verteilungsfrage und Polemik gegen eine vorgebliche Einwanderung in den Sozialstaat Maßnahmen zur sozialstaatlichen Diskriminierung von spezifischen Gruppen von MigrantInnen und Flüchtlingen. Diese betrafen einerseits die Mindestsicherung (Tálos/Obinger 2019: 250 ff.) und andererseits Kürzungen der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder (Brait/Kranawetter 2018: 61). Auch die Regierung Schwarz-Blau II setzte die Mittelklasse begünstigende Akzente in der Familienpolitik, blieb allerdings bezogen auf die Erwerbstätigkeit von Frauen – wohl nicht zuletzt aufgrund von Druck von Unternehmensinteressen, die an einem breiten Arbeitskräfteangebot interessiert sind, ambivalent (Disslbacher/Schultheiss 2018: 68 ff.). Dem zentralen Anliegen des Kapitals an flexiblen Arbeitskräften trug die Kurz-Regierung – gegen starke Proteste der Gewerkschaften – durch die Einführung einer Höchsttagesarbeitszeit von 12 Stunden und einer maximalen Wochenarbeitszeit von 60 Stunden Rechnung (Tálos/Obinger 2019: 252 f., Tálos/Hintersseer 2019: 132 f.). Mithin sind im Bereich der Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen Tendenzen der Neoliberalisierung erkennbar, die allerdings den konservativen Grundcharakter der Sozialstaatlichkeit nicht in Frage stellten. Die Sozialpolitik erhielt deutlich nationalistischeren Zuschnitt.

2019 fand die Regierung Schwarz-Blau ein jähes Ende. Das sogenannte Ibiza-Video gelangte an die Öffentlichkeit. Darin konnte das Publikum sehen und hören, wie der FPÖ-Vorsitzende Strache einer vermeintlichen russischen Oligarchin im Vorfeld der Wahlen von 2017 interessante wirtschaftlich-politische Tauschgeschäfte anbot. Damit fand die politische Karriere von Strache ein Ende. Die ÖVP verlangte dann auch außerdem den Rücktritt von Innenminister Herbert Kickl, mit dem sie zahlreiche Konflikte gehabt hatte. Die zweite schwarz-blaue Regierung zerbrach. Eine ExpertInnenübergangsregierung und Neuwahlen folgten.

2020 ging die ÖVP eine Koalition mit den Grünen ein. Staatsanwaltliche Ermittlungen brachten dann auch Interessantes zur Vorbereitung des Aufstiegs von Kurz durch seinen engsten Kreis zu Tage. Es ging zentral um zweifelhafte Meinungsumfragen, gesteuerte Medienberichterstattung und deren Finanzierung mit Ministeriumsgeldern. Ab September 2021 wurde wegen „möglicher Korruptionsdelikte gegen Kurz ermittelt. Es geht um Bestimmungstäterschaft zu Bestechlichkeit und Untreue in der sogenannten Inseratenaffäre“, so fasst Hans Winkler (2022: 142) den Kern der Affäre 2022 in einer Publikation der Politischen Akademie der ÖVP zusammen.¹ Politisch war Kurz im Oktober 2021 dann nicht mehr haltbar und musste auf Druck der Grünen zurücktreten. Das mediale Politikprojekt Kurz war zu Ende. Die ÖVP, aber auch die europäische Rechts-Christdemokratie verloren ein personifiziertes politisches Leitbild.

Die Koalition aus ÖVP und Grünen war zunächst stark durch die Covid-Krise beansprucht. Der Green Deal der EU schuf durchaus einzelne gemeinsame Ansatzpunkte für die Koalition, allerdings bei manchen vorgesehenen Beschränkungen, die auch auf EU-Ebene einer der Gründe für Absetzbewegungen der ChristdemokratInnen vom Green Deal waren, auch Spannungen. Ökologische Beschränkungen beim Straßenbau und die Renaturierungspolitik der EU-Kommission, welche die grüne Ministerin Leonore Gewessler im Gegensatz zur ÖVP unterstützte, führten zu zunehmenden Konflikten zwischen Grünen und ÖVP. Die ÖVP positionierte sich, wie

viele ihrer Schwesterparteien in der EU, zunehmend anti-ökologisch. Konflikte gab es auch um die Sicherstellung einer weisungsfreien Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, die ein Anliegen der Grünen, aber nicht der ÖVP war.

Hatte die FPÖ ihre Kontakte zur außerparlamentarischen extremen Rechten, beispielsweise den Identitären, während Schwarz-Blau II selektiv beschränkt, so öffnete sich die FPÖ unter der Führung des neuen Obmanns Herbert Kickl erneut offensiv zu diesen Kräften und seinen diversen Milieus. So hält der Rechtsextremismus-Bericht des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (2025: 93) im Hinblick auf das Verhältnis der Identitären zu FPÖ fest: „Spätestens seit der Übernahme der FPÖ-Obmannschaft durch Herbert Kickl sehen Identitäre die Partei als parlamentarischen Arm ihrer Bewegung.“ Die FPÖ, die zunächst bei der Covid-Bekämpfung harte Restriktionen befürwortet hatte, veränderte mit der Entstehung einer Bewegung gegen pandemie-bezogene Restriktionen ihre Positionierungen radikal und klinkte sich in diese Protestbewegung ein (Hofer 2024: 26 ff.). Gegen Restriktionen im ökologischen Bereich zog die FPÖ im Wahlkampf unter dem Motto zu Felde, es müsse Schluss sein mit der „EU-Klimadiktatur“ (FPÖ 2024). In gewisser Weise handelt es sich um eine Wiederauflage des anti-bürokratischen Protestes der Haider-Jahre mit neuen Themen. Zur Propagierung ihrer Thesen schuf sich die FPÖ ein eigenes Medienimperium im Netz, das sie geschickt bespielt (Hofer 2024: 38 ff.).

(Vorerst) gescheiterte Wende zu Blau-Schwarz

Im Nationalratswahlkampf 2024 bediente sich die ÖVP im Prinzip der selben Themen wie die FPÖ: Einwanderung in den Sozialstaat, Festhalten am Verbrennungsmotor und neoliberale Wirtschaftspolitik. Nur mit dem FPÖ-Vorsitzenden Herbert Kickl wollte sie nichts zu tun haben. Inhaltliche Unterschiede waren im Prinzip fast ausschließlich in der Außenpolitik erkennbar. Wie anderen christdemokratischen Parteien bekam der ÖVP die inhaltliche Angleichung an die Kräfte der harten Rechten nicht gut. Bei den Nationalratswahlen im September 2024 distanzierte die FPÖ mit einem Stimmenanteil von 28,8% die ÖVP mit einem Anteil von 26,3% klar. Es folgte die SPÖ mit recht stabilen 21,1%, die neoliberalen Neos mit 9,1% und die Grünen mit 8,2%.

Die Weichenstellung für die künftige Regierung hing zentral von der Entscheidung der ÖVP ab. In dieser gab es zwei Positionen. Der ÖVP-Obmann Karl Nehammer und sein Umfeld favorisierten eine Dreier-Koalition mit SPÖ und den Neos. Diese hätte der ÖVP den Bundeskanzler-Posten erhalten und zu weniger außenpolitischen Problemen geführt. BefürworterInnen einer Koalition mit den FPÖ verwiesen auf die programmatische Nähe, vor allem in Wirtschaftsfragen. Speziell in der Industriellenvereinigung gab es erklärte Sympathien für Blau-Schwarz (vgl. Bauer et al. 2025: 13, FAZ 2025a: 23).

Nehammer nahm Verhandlungen mit SPÖ und Neos auf. Die Verhandlungen waren durch eine regelrechte Austeritätshysterie begleitet, obwohl die vom Fiskalrat (2024:6) geschätzten Budgetdefizite für 2024 und 2025 von 3,9% bzw. 4,1% nicht dramatisch sind. Gravierender ist die industrielle Strukturkrise Österreichs, die einerseits durch ökologische Faktoren, andererseits durch das Entschwinden der internationalen Bedingungen für eine neo-merkantilische, exportorientierte Strategie aufgrund verschärfter geo-politischer Konflikte und einer strategisch veränderten US-Politik. Von der Krise sind insbesondere die Automobilzulieferer für Deutschland betroffen. In den wichtigsten Unternehmensverbänden setzten sich erkennbar die fossilen Fraktionen durch, die selbst bei der De-Karbonisierung bremsen wollen (vgl. Narodslawsky 2024: 21). Eine offensive, durch öffentliche Investitionen abgestützte Strategie in Richtung ökologischer Umbau ist nicht ihre Sache. Sie setzten auf Lohndruck, Flexibilisierung der Arbeitskräfte und niedrige Steuern. Neoliberale Politik soll eine neo-merkantilistische, auf

Exportüberschüsse zielende Akkumulationsstrategie unterstützen. Entsprechend nahmen die VertreterInnen des Wirtschaftsbundes, aber auch der ÖVP gegenüber wirtschaftspolitischen Forderungen der SPÖ, die sich eng mit den Gewerkschaften abstimmte, eine harte Blockadehaltung ein. Eine besonders wichtige Rolle spielten hierbei anscheinend Spitzenmanager der Raiffeisengruppe, die hohes Gewicht in der ÖVP haben (Gruber/Szigetvari 2025: 3). Daneben waren Einschnitte bei den Pensionen und andere Maßnahmen im Sozialbereich stark umstritten (vgl. Bauer et al. 2025: 14, Horaczek et al. 2025, Thanei 2025: 23). Als erste stiegen die Neos, die in zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eine besonders harte neoliberale Position vertreten und anti-sozialpartnerschaftlich eingestellt sind, am 3. Jänner aus den Koalitionsverhandlungen aus. Am Folgetag verhandelten ÖVP und SPÖ noch kurz, dann warf Nehammer das Handtuch. Er hatte keinen ausreichenden Rückhalt mehr in der Partei. Die Kapitalvertreter in der ÖVP stellten die Weichen maßgeblich auf blau-schwarz. SPÖ-VertreterInnen wie Andreas Babler machten deutlich, woran die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP gescheitert waren und wo sie sozialstaatliche Mindeststandards verteidigt hatten (vgl. das Interview mit Andreas Babler durch Kroisleitner/Stuiber 2025: 6). Das ist für die künftige Oppositionspolitik wichtig.

Entsprechend der neuen blau-schwarzen Weichenstellung wurden auch kurz darauf Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ begonnen. Der internationale und europäische Kontext stellt sich ganz anders dar als bei Bildung der ersten schwarz-blauen Koalition. Bedenken der EU-Schwesterparteien der ÖVP gelten primär der außenpolitischen Orientierung einer potenziellen FPÖ-ÖVP-Koalition, speziell im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine (vgl. Gutschker 2025).

Nach Beginn der Koalitionsgespräche wurde rasch deutlich, was FPÖ und ÖVP verbindet. Sie einigten sich binnen Tagen auf die Grundzüge eines Austeritätspakets. Es sieht vor allem deutliche Kürzungen bei De-Karbonisierungsmaßnahmen und deren sozialer Abfederung vor. Bei PensionistInnen sollten Belastungen erfolgen, bei der Sozialhilfe schwere Kürzungen vorgenommen werden (vgl. Szigetvari et al. 2025:17; John 2025: 3). Es zeichnete sich eine „Regierung für die Reichen“ (Thanei 2025: 23) ab. Auf der Kapitalseite sollte speziell das fossile Kapital begünstigt werden.

Nach etwa einem Monat traten Konflikte zwischen beiden Parteien offen zu Tage. Die FPÖ stellte in den Koalitionsverhandlungen gegenüber der ÖVP die Machtfrage. Dieses wurde deutlich im Streit um die Schlüsselressorts Inneres und Finanzen, die beide Parteien für sich reklamierten (vgl. Horaczek/Klatzer 2025). Hinter dem manifesten Konflikt um die Schlüsselressorts ging es letztlich um konkurrierende Projekte für den Aufbau eines jeweils eigenen Parteienstaates. Die ÖVP hat sich bereits über Jahrzehnte im Staatsapparat, gerade auch in zentralen Bundesministerien, starke Positionen aufbauen können. Die FPÖ zielte jetzt darauf, die ÖVP aus diesen Positionen zu verdrängen und ihre eigenen Kader zu platzieren. Mit den veränderten Kräfteverhältnissen kam es in den Verhandlungen zum offenen Konflikt in diesen Fragen, Sie spielten beim letzten Scheitern der Verhandlungen anscheinend die entscheidende Rolle (vgl. FAZ 2025b). Dissens gab es aber auch um die Sozialpartnerschaft. Laut Medienberichten forderte die FPÖ ein Ende Pflichtmitgliedschaft in den Kammern und wollte diese auch finanziell zur Ader lassen. Beides stieß bei der ÖVP auf Ablehnung (Ö1 2025). Eine derartige Schwächung der Sozialpartnerschaft würde auch die ÖVP mit ihrer starken Verankerung in den Kammern und Interessenorganisationen schwächen.

Der zweite große Dissenspunkt betraf die EU-Politik und geopolitische Orientierung. Hier stand die ÖVP auch unter Druck des westlichen Auslands und ihrer EU-Schwesterparteien (vgl. Die Presse 2025). Konfliktpunkte betrafen einerseits die Frage des Vorrangs von EU-Rechtsnormen,

die Bindung an die Europäische Menschenrechtskonvention sowie das Neutralitätsverständnis – also Kernaspekte des Staatsprojektes – andererseits die geopolitische Orientierung und hierbei speziell das Verhältnis zu Russland und Fragen der Sanktionen gegen Russland (Kroisleitner et al. 2025: 3).

Bereits die Regierungsverhandlungen zeigen ein gewandelte Kräfteverhältnis zwischen FPÖ und ÖVP. Die FPÖ dürfte sich auf längere Zeit als stärkere Kraft auf der Rechten etablieren. Die jetzt gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP, aber auch die Turbulenzen früherer ÖVP-FPÖ-Regierungen zeigen, dass es trotz starker wirtschafts- und sozialpolitischer Gemeinsamkeiten auf der politischen Rechten auch Spannungsfelder um die Staatsprojekte und derzeit vor allem geo-politische Fragen gibt. Diese sind auch bei einigen anderen Koalitionen unter Einschluss einer rechtsextrem grundierten Rechten, wie aktuell in den Niederlanden, erkennbar. Bruchlinien auf der Rechten können für Linke oder Mitte-Links-Kräfte Fenster für Handlungsmöglichkeiten öffnen.

Schlussfolgerungen

Wie in der Zwischenkriegszeit ist in der EU und in Österreich seit den 1980er Jahren eine Offensive des Kapitals gegen die institutionalisierte Macht von ArbeitnehmerInnenvertretungen und demokratische Teilhabe gerichtet. Kräfte des Kapitals sehen beides als Hindernisse für ihre Export- bzw. Finanzialisierungsstrategien. Zentral für eine Einschränkung der Demokratie über Regelbindungen und Beschränkung der Räume für demokratische Entscheidungsfindungen sowie die Etablierung eines Austeritätsregimes war die EU. Neoliberale nationalistische Rechtsparteien reagierten hierauf mit einer Ethnisierung der Verteilungsfrage. Die FPÖ gehörte in der EU zur Avantgarde dieser nationalistischen, anti-migrantischen Rechten. Zudem gab sich die FPÖ immer als anti-bürokratisch orientierte Kraft jener, die sich nicht interessenpolitisch organisieren wollen. Ihre Kritik war hierbei speziell gegen ArbeitnehmerInnenorganisationen gerichtet. Verstärkte Konkurrenzverhältnisse auch zwischen abhängig Beschäftigten erleichterten ihr dabei das Geschäft. Die neoliberale, anti-migrantische Rechte wurde zunehmend themensetzend – gerade auch gegenüber christdemokratischen Parteien. Das gilt auch für Österreich und die ÖVP. Innerhalb der ÖVP ist – entsprechend den ökonomischen Strukturveränderungen – das Gewicht des Großkapitals gestiegen. Die ÖVP vermochte immer weniger soziale Kompromisse zu vermitteln. Sie wurde zunehmend einseitig zur Kraft größerer Kapitalgruppen (sowie des Bauernbundes). In Industriellenvereinigung sowie wesentlichen Teilen des Wirtschaftsbundes sind die Motoren der Koalitionen von ÖVP und FPÖ zu sehen. Hierbei hat sich das Kräfteverhältnis beider Parteien seit der ersten schwarz-blauen Koalition tendenziell immer weiter zugunsten der FPÖ verschoben. Der WählerInnenblock, auf den sich die beiden Parteien zusammengerechnet stützen, ist dabei 2024 nur geringfügig größer als 25 Jahre zuvor. Er hat sich allerdings politisch weiter nach rechts verschoben. Die Rechtskoalitionen haben – entsprechend neoliberalen Vorstellungen – systematisch institutionelle Macht von Gewerkschaften und Arbeiterkammer beschnitten und Einschnitte in die Sozialstaatlichkeit vorgenommen. Auch suchten sie – entsprechend nationalkonservativen Rezepten eines Aufbaus eines Parteienstaates – ihren Einfluss im Staatsapparat zu verstärken. Nationalkonservative Akzente sind auch im Hinblick auf die Repatriarchalisierung von Geschlechterbeziehungen gesetzt worden. Die Regierungsbildung mit der Führungsrolle der Fratelli d'Italia in Italien sowie mit einer zentralen Rolle der Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden zeigen den Aufstieg von rechtsextrem grundierten Parteien in Führungsrollen in der Regierung in Westeuropa an. Diese zeichnen sich durch eine sozial sehr regressive Politik aus. Die gescheiterte Koalitionsbildung zwischen ÖVP und FPÖ in Österreich zeigt an, dass ein rechter Durchmarsch nicht linear ist und Koalitionsbildungen auch an bestehenden Bruchlinien – vor allem

konkurrierenden Staatsprojekten sowie unterschiedlichen geopolitischen Orientierungen – scheitern können.

Die Kräfte der Linken, aber auch eher zentristische demokratische, nicht-rassistische Kräfte tun sich schwer mit der Entwicklung von wirksamen Strategien gegenüber einer strategisch und taktisch flexiblen nationalistischen Rechten. In Österreich wird sich zeigen, inwieweit sie das Scheitern der blau-schwarzen Koalitionsverhandlungen zur Entwicklung wirklicher Alternativen nutzen können.

(Redaktionsschluss: 12.2.2025)

Literatur

Ahtisaari, Martti/Frowein, Jochen/Oreja, Marcelino (2000): Bericht. In: Kopeinig, Margaretha/Kotanko, Christoph (Hg.): Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und Sanktionen gegen Österreich. Wien, 35-84.

Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang/Schiedel, Herbert (2000): Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei. In: Scharsach, Hans-Henning (Hg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek, 105-127.

Bauer, Gernot et al. (2025): Der Weg in die Dritte Republik. In: Profil, 11. Jänner 2025, 10-17.

Becker, Joachim (1998): Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie. In: Kurswechsel, Nr. 1, 11-22.

Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? In: Kurswechsel, Nr. 1, 7-16.

Becker, Joachim (2015): Konturen einer wirtschaftspolitischen Heterodoxie von rechts. In: Kurswechsel, Nr. 3, 60-69.

Becker, Joachim (2016): Rechte Europa-Konzeptionen. In: Kurswechsel, Nr. 4, 12-27.

Becker, Joachim (2017): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. AK Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 179. Wien.

Becker, Joachim (2018): Die zwei Flügel der nationalistischen Rechten. In: Kurswechsel, Nr. 3, 28-37.

Becker, Joachim (2024): Governing neo-nationalism, trade unions and industrial relations: the cases of Hungary and Poland. In: Transfer, 30(1), 51-65.

Beyer, Karl/Pühringer, Stephan (2018): Freiheitliche Führungskämpfe? (Historische) Konfliktlinien in der FPÖ. In: Kurswechsel, Nr. 3, 19-27.

Bonvalot, Michael (2017): Die FPÖ – Partei der Reichen. Wien.

Brait, Romana/Kranawetter, Pia (2018): Schwarz-blaue Budgetpolitik – damals und heute. Inszenierung zur Verschleierung ihrer Klientelpolitik. In: Kurswechsel, Nr. 3, 56-65.

Die Presse (2025): Politikberater: Internationale Kritik hat bei ÖVP „Eindruck hinterlassen“. In: Die Presse, 12. Februar 2025 (www.diepresse.com/19355487/politikberater-internationaler-kritik-hat-bei-oevp-eindruck-hinterlassen/; 12.2.2025).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (2025): Rechtsextremismus in Österreich 2023. Unter Berücksichtigung der Jahre 2020 bis 2022. Wien.

FAZ (2025a): Austro-Industrielle setzen auf Gewissen von Herbert Kickl. In: Frankfurter Allgemeine, 10. Jänner 2025, 23.

FAZ (2025b): Koalitionsgespräche zwischen FPÖ und ÖVP gescheitert. In: faz.net, 12. Februar 2025 (www.faz.net/akutell/politik/ausland/oesterreich-koalitionsgespraechе-zwischen-fpoe-und-oevp-gescheitert-110291791.html; 12.2.2025).

Fiskalrat (2024): Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023-2028. Wien.

FPÖ (2024): Weg mit dem EU-Speck! (<https://api.fpoe.at/eu-wahl-2024/programm/>; 1.7.2024).

Gerlich, Peter/Grande, Edgar/Müller Wolfgang C., Hg. (1985): Sozialpartnerschaft in der Krise. Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus. Wien.

Gruber, Renate/Szigetvari, András (2025): Die Rückkehr des Riesen. In: Der Standard, 1. Februar, 3.

Grüne Bildungswerkstatt, Hg. (2012): Unmutsverschuldung. Ein Kompendium österreichischer Unschuldsvermutungen. Wien.

Gutschker, Thomas (2025): Drei Auflagen für Wien. In: Frankfurter Allgemeine, 15. Jänner 2025, 3.

Hofer, Thomas (2024): Die blaue Wand. In: Hofer, Thomas/Tóth, Barbara (Hg.): Wahl 2024. Krisen, Kickl, Kanzlerkiste. Wien, 8-62.

Horaczek, Nina et al. (2025): Kanzler Kickl reitet ein. In: Falter, 8. Jänner 2025, 11-15.

Horaczek, Nina/Klatzer, Jürgen (2025): Kickls Rache. In: Falter, 12. Februar 2025, 11-13.

John, Gerald (2025): Sozialhilfe drohen massive Einschränkungen. In: Der Standard, 11. Februar 2025, 3.

Kaltenbrunner, Andy (2019): Schwarz-blaue Medienpolitik. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Wien, 139-168.

Kopeinig, Margaretha/Kopeinig, Christoph (2000): Eine europäische Affäre. In: Kopeinig, Margaretha/Kotanko, Christoph: Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien, 7-34.

Kroisleitner, Oona/Marchart, Jan Michael/Schmid, Fabian/Werner, Maximilian (2025): Wo sich ÖVP und FPÖ einig sind und wo (noch) nicht. In: Der Standard, 10. Februar 2025, 3.

Kroisleitner, Oona/Stuiber, Petra (2025): "Wir waren bereit, weite Wege zu gehen". In: Der Standard, 7. Jänner, 6.

Mattl, Siegfried (2003): Informelle Institutionen und flexible Politik. Eine verfrühte Bilanz der österreichischen „Wende-Politik“ nach 2000. In: Kurswechsel, Nr. 2, 19-26.

Narodoslawsky, Benedikt (2024): Lobbying gegen Klimapolitik. In: Der Standard, 30. November 2025, 21.

Ö1 (2025): Morgenjournal, 11. Februar 2025, 7 Uhr.

Pernicka, Susanne (2006): Arbeitsbeziehungen nach der rechtskonservativen Wende. In: Kurswechsel, Nr. 3, 84-87.

Pilz, Peter (2021): Kurz. Ein Regime. Wien.

Ptak, Ralf/Schui, Herbert (1998): Das FPÖ-Dreieck. Rechtsextremes Fundament – Neoliberale Substanz – Marktgerechte Präsentation. In: Kurswechsel, Nr. 1, 98-113.

Puller, Armin (2018): Die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz. In: Kurswechsel, Nr. 3, 9-18.

Reiter, Margit (2019): Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. Göttingen.

Scherb, Margit (1990): Wir und die westeuropäische Hegemonialmacht. Die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Währung, Außenhandel und Direktinvestitionen. In: Scherb, Margit/Morawetz, Inge (Hg.): In deutscher Hand? Österreich und sein grosser Nachbar. Wien, 27-59.

Schindler, Saskja/Flecker, Jörg/Altreiter, Carina (2019): „Eine Frage des Überlebens unseres Volkes“. Die Ethnisierung von Verteilungsfragen durch die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Kurswechsel, Nr. 3, 61-69.

Stern, Sandra/Hofmann, Julia (2018): Speed kills slowly: Sozialpartnerschaft unter Schwarz-Blau II. In: Kurswechsel, Nr. 3, 38-46.

Szigetvari, András/Dworak, Nicolas/Pflügl, Jakob (2025): Geht sich das aus – und wer zahlt drauf. In: Der Standard, 18. Jänner 2025, 17.

Tálos, Emmerich (2022): Aktuelle Entwicklungen des österreichischen Sozialstaates: Kontinuität und Wandel des konservativen Entwicklungspfades. In: Kurswechsel, Nr. 2, 11-19.

Tálos, Emmerich/Hinterseer, Tobias (2019): Sozialpartnerschaft. Eine zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende? Innsbruck/Wien/Bozen.

Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2019): Schwarz-blaue Sozialpolitik. Der österreichische Sozialstaat unter Druck. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Wien, 231-257.

Thanei, Christoph (2025): Pripravuje sa vláda pre bohatých. In: Pravda, 23. Jänner 2025, 23.

Winkler, Hans (2022): Grüne Erpressung und linke Geschichtspolitik. In: Khol, Andreas et al. (2021): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2021. Wien, 141-147.

ⁱ Bis zu einer richterlichen Bewertung von Vorwürfen gilt die Unschuldsvermutung.